

Flugblatt vom 1. September 2023

Zusätzliche Einstellungen für die Neueinstellungen 2023 ausgehandelt - GdP wirkt!



Die GdP hat durch gute und konstruktive Gespräche mit dem MIBS ein zusätzliches Plus an Neueinstellungen für den diesjährigen Einstellungsjahrgang P45 ausgehandelt. Nachdem wir bereits Ende vergangenen Jahres erreichen konnten, dass statt der ursprünglich für 2023 angedachten 115 Einstellungen schlussendlich 130 Einstellungen von der Landesregierung zugesagt wurden, hat Minister Jost nun am heutigen Freitag verkündet, dass man Finanzmittel für zusätzliche 9 Neueinstellungen -somit insgesamt 139 Neueinstellungen- zur Verfügung gestellt bekommen habe. Dieses Plus ist natürlich kein „Riesenwurf“, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Es stimmt uns optimistisch, was die im Herbst anstehenden Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2024/25 und die hierbei von der Landesregierung aktuell vorgesehenen Einstellungsgrößen betreffen. Auch hier werden wir versuchen, über unsere Gesprächskanäle und Einflussmöglichkeiten ein Mehr an Einstellungen rauszuholen.

Fakt ist aber auch, dass die Frage der Neueinstellungen -egal ob 2023, 24 oder 25- die aktuell brennenden personellen Problemstellungen der stark gebeutelten saarländischen Polizei nicht lösen kann, da diese Neueinstellungen erst mehrere Jahre später wirken. Was es daher braucht, sind konstruktive Sofort-Maßnahmen zur Entlastung JETZT:

- **Einstellung von zusätzlichen Tarifbeschäftigten zur sofortigen Entlastung des Vollzugsbereichs.**
- **Anpassung der „Ausbildungs- und Prüfungsordnung Polizei“ zur Verkürzung des Zeitabstandes zwischen schriftlichem und mündlichem Examen.**
- **Sofortige Einstellung von fertig ausgebildeten Polizeivollzugsbeamten/-innen aus anderen Bundesländern durch „externe Stellenausschreibungen“ wie schon 1999.**
- **Ehrliche Überprüfung von (Polizei-) vollzugsfremden Aufgaben, wie z.B. der Verkehrsunfallaufnahme bei Bagatellschäden („Parkplatzrempler“).**

Wir haben Minister Jost unsere Forderungen bereits unterbreitet und werden in den kommenden Wochen in Gesprächen mit den Landtagsfraktionen von SPD und CDU unsere Forderungen weiter vorantreiben.